eukische Gesetzsammlung

1900	ausgegeven zu Berlin, den 15. April 1933	Mr. 26
Tag	Inhalt:	Q. (2)
30, 3, 33,	Berorbnung zur Megeling bes im 8 45 ber Marghanne aus m.	Seite
30. 3. 33.	vorgesehenen Verteilungsversahrens (Verteilungsverordnung) ut Vereinsachung und Verbilligung der Ve Gerordnung zur Anderung der Verordnung vom 18. Juni 1930 zur Durchführung des Gasistätte om 28. April 1930	engesetes
Sinweis au	f nicht in ber Gesetziammlung veröffentlichte Polizeiverordnungen Preußischer Minister	106
Bekanntme	ichung ber nach dem Gesetze vom 10. April 1872 burch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten ürkunden usw.	107 t Erlasse,
ED130 910	de mandration ir illi dui Chimb bei dein dirione beniriliaren lanterlagen, o	2 912 107

Berordnung jur Regelung bes im § 45 ber Berordnung jur Bereinfachung und Ber-(Mr. 13867.) billigung ber Bermaltung vorgesehenen Berteilungsverfahrens (Berteilungsverordnung). Bom 30. März 1933.

Auf Grund des § 45 206f. 3 der Berordnung zur Bereinfachung und Berbilligung der Berwaltung vom 3. September 1932 (Gesetzsamml. S. 283, 295) wird folgendes verordnet:

A. Zwed des Berteilungsverfahrens.

Das Verteilungsverfahren ift ein behördlich geleitetes Verfahren, das unter Aufrechterhaltung des geordneten Ganges der Verwaltung und der Versorgung der Bevölkerung die Befriedigung der Gläubiger aus Geldforderungen an Gemeinden und Gemeindeverbände durch Aussonderung und Berwendung gemeindlicher Einnahmen und Vermögenswerte zu fördern bestimmt ift.

B. Antrag der Auffichtsbehörde.

- (1) Über die Einleitung eines Verteilungsverfahrens beschließt die Beschlußbehörde auf Antrag der Aufsichtsbehörde.
- (2) Die Aufsichtsbehörde ftellt den Antrag nach Abs. 1 auf Grund pflichtmäßigen Ermeffens von Amts wegen.
- (3) Der Antrag nach Abj. 1 darf von der Auffichtsbehörde nur gestellt werden, wenn die Einleitung des Verteilungsverfahrens zur gleichmäßigen Befriedigung mehrerer Gläubiger erforderlich ift.

(1) Bur Durchführung des Berteilungsvers. & ?us ordnet die Beschlugbehörde die Cinsepung Die Aufsichtsbehörde hat vor Stellung des Antrags nach § 2 Abs. 1 den Borftand der Gemeinde (bes Gemeindeverbandes) zu hören. Anderstängen vod nod driet undahöften 2 und (2) (3) Der Treuhander hat für eine planmällige Tilgung der gemeindlichen Berbindlichkeiten

- (1) Die Aufsichtsbehörde hat bei Stellung des Antrags nach § 2 Abs. 1 der Beschlußbehörde unter fummarischer Angabe der Aufenstände ein Berzeichnis der Schulden der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) und der Gläubiger sowie eine Ubersicht des Vermögensstandes der Gemeinde (des Gemeindeberbandes) einzureichen.
- (2) Gläubiger, deren Forderungen der Schuldner beftreitet, sind unter Angabe dieser Tatsachen aufzuführen. Bei allen Gläubigern ift ihre Anschrift anzugeben. Wohnt ein Gläubiger im Ausland oder ist sein Wohnort unbekannt, jedoch ein im Inland wohnender, zur Empfangnahme von Willenserklärungen befugter Bertreter bekannt, so ist auch dessen Anschrift anzugeben.
- (3) In der Uberficht des Bermögensstandes müffen die Vermögensgegenstände (Aktiva) und Verbindlichkeiten (Passiva) unter Angabe ihres Betrags oder Wertes aufgeführt und einander

(Bierzehnter Tag nach Ablauf bes Ausgabetags: 29. April 1933.) Gesetsfammlung 1933. (Nr. 13867—13868.)

gegenübergestellt werden. Die Ubersicht muß die Zugehörigkeit der Vermögensgegenstände gu den verschiedenen Arten von Gemeindevermögen (Berwaltungs-, Finang-, Werks- und Gemeindegliedervermögen) erkennen lassen. Bei allen Aktiven und Passiven sind etwaige Nebenrechte, insbesondere zur Sicherung übertragenes Eigentum, Hypotheken, Pfandrechte und Bürgschaften sowie Ansprüche aus zur Deckung erhaltenen oder begebenen Wechseln zu bezeichnen. Uneinbringliche ober zweifelhafte Aktiva sind als solche kenntlich zu machen.

(4) Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind auf Anfordern der Aufsichtsbehörde verpflichtet, diefer ein Gläubiger- und Schuldnerverzeichnis einzureichen.

C. Entscheidung ber Beschlußbehörbe.

Dom es. aben ber Gefessennolung verösjemlichte Pelleingerbiningen Prengiques mangen Gefessen Graffen Graffe. Die Beschlufbehörde prüft auf Grund der dem Antrage beigefügten Unterlagen, ob die Einleitung eines Berteilungsverfahrens zur gleichmäßigen Befriedigung mehrerer Gläubiger Erforderlich ist. Blegelung der Aberordnung zur Abereinsachung der Abereinsachung der Aberordnung der Aberordn

billigung ber Bervaltung vorgefehe. 3 78 Berteilungsberfahrens (Berteilungsberordnung).

Liegen die Boraussehungen für die Einleitung des Verteilungsverfahrens nicht vor, so hat die Beschlußbehörde den Antrag der Aufsichtsbehörde durch Beschluß zurückzuweisen. Der Beschluß waltung vom 3. September 1982 (Gefensamtl. S. 288, 296) wird folgenscher ur nedmured tim tfi

§ 7.

- (1) Liegen die Voraussetzungen für die Einleitung eines Verteilungsverfahrens bor, so eröffnet die Beschlußbehörde durch Beschluß das Verteilungsverfahren. Nach Eröffnung des Ver= teilungsverfahrens ist die Leistung anderer als der im § 14 Abs. 2 und § 15 bezeichneten Zahlungen durch bie Gemeinde (den Gemeindeverband) unzulässig.
- (2) Die Beschlugbehörde kann gleichzeitig der Gemeinde (dem Gemeindeverbande) die Berfügung über einzelne Vermögensgegenftände verbieten. Das Verbot ist im Regierungsamtsblatt bekannt zu machen. Es hat die Wirkung, daß Verfügungen, welche die Gemeinde (der Gemeinde= verband) nach dem Erlaß über solche Bermögensgegenstände trifft, den am Verteilungsverfahren beteiligten Gläubigern gegenüber unwirksam sind.
- (3) Betrifft das Berfügungsverbot Grundstücke, Rechte an Grundstücken oder ein Recht an einem solchen Rechte, so kann die Beschlußbehörde das Grundbuchamt um Eintragung des Verfügungsverbots in das Grundbuch ersuchen.

D. Durchführung bes Berteilungsverfahrens.

- (1) Bur Durchführung des Verteilungsverfahrens ordnet die Beschlußbehörde die Einsetzung eines Treuhänders an. 1 380 2 g dan spartnik sod puullets von tag odrögsdetchiffull
 - (2) Der Treuhänder wird von der Auffichtsbehörde ernannt. (Connoderational Cod) adnism
- (8) Der Treuhänder hat für eine planmäßige Tilgung der gemeindlichen Verbindlichkeiten zu forgen; er soll hierbei nach Möglichkeit auf eine Vereinbarung hinwirken.
- (4) Der Treuhänder ist befugt, alle zur Durchführung seiner Aufgabe erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann die erforderlichen Beschlüffe an Stelle ber gemeindlichen Organe fassen und die zur Durchführung dieser Beschlüsse erforderlichen Magnahmen an Stelle des Gemeindevorstandes treffen. Er soll von dem Grundsatze gleichmäßiger Befriedigung nach Diöglichkeit nur bei Kleinbeträgen ober in besonderen Ausnahmefällen abweichen.
- (5) Die burch die Tätigkeit des Treuhänders entstehenden Kosten trägt die Gemeinde (der Gemeindeverband).
- (6) Die Aufsichtsbehörde für den Treuhänder ist die Aufsichtsbehörde der Gemeinde (des Ge-Berbindlichkeiten (Paffina) unter Angabe ihres Berrags ober Abertes aufgefing. (Todnadrocomism

200 une pundrorde und 8 . 100 E. Aufgebotsverfahren. (2) (2)

8 9

- (1) Nach Eröffnung bes Berteilungsversahrens hat der Treuhänder die Gläubiger der Gemeinde (des Gemeindeberbandes), deren Forderungen auf Geldleiftungen gerichtet sind, aufzusordern, binnen einer von ihm zu bestimmenden Frist ihre Forderungen an die Gemeinde (den Gemeindeberband) unter Angabe des Gegenstandes und Grundes bei der Beschlußbehörde anzumelden. In der Aufforderung ist der aus § 11 Abs. 1 ersichtliche Rechtsnachteil anzudrohen. Der Anmeldung sind die zum Beweis der Forderung dienenden Unterlagen beizussügen, soweit sie sich nicht bereits dei dem von der Aufsichtsbehörde eingereichten Antrage besinden. Urfundliche Beweissstücke sind urschrift oder in Abschrift beizussügen. Die Anmeldungsstrist beträgt mindestens einen Monat.
- (2) Die Beschlußbehörde kann bestimmen, daß von einem Aufgebotsversahren abgesehen wird, wenn die Gemeinde (der Gemeindeverband) nicht imstande ist, die im § 14 Whs. 2 bezeichneten Außgaben aus ordentlichen Einnahmen zu bestreiten, oder die verwertbaren gemeindlichen Vermögensgegenstände, Erträgnisse aus wirtschaftlichen Betrieben und steuerlichen Einnahmen in keinem angemessenen Verhältnisse zu den von den Gläubigern geltend gemachten Forderungen stehen.

1. die Ausgaben der öffentlichen Fliefe.01 Binsbokendere für Wehlfahrtsemverbolofe.

- (1) Das Aufgebot ist im Regierungsamtsblatt und im Reichs- und Staatsanzeiger zu versöffentlichen. Maßgebend ist die Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt. Die Veröffentlichung gilt als bewirft mit dem Ablaufe des zweiten Tages nach der Ausgabe des die Einrückung enthaltenden Blattes. Die Beschlußbehörde kann nach Bedarf weitere Bekanntmachungen anordnen.
- (2) Der Treuhänder soll den ihm bekanntgewordenen Gläubigern der Gemeinde (des Gemeindeberbandes) das Aufgebot mitteilen.

2. Löhne und Ruhelöhne der Arbeiter (.11 81. der Bersicherungsbe

- (1) Gläubiger, die innerhalb der Frist (§ 9 Abs. 1 Satz 1 und 5) ihre Forderungen, soweit sie auf Geld gerichtet sind, bei der Beschlußbehörde nicht anmelden, sind von der Besciedigung in dem Berteilungsversahren ausgeschlossen.
- (2) Die anderweite Geltendmachung der nicht rechtzeitig angemeldeten Forderungen sowie der im Verteilungsversahren nicht befriedigten Restforderungen bleibt den Gläubigern vorbehalten.

F. Glänbigerausschuß.

§ 12.

- (1) Die Beschlußbehörde bestellt einen Gläubigerausschuß. Er ist bei der Durchführung des Verteilungsversahrens, insbesondere bezüglich der Einbeziehung von Erträgen aus wirtschaftlichen Betrieben und selbständigen Fonds der Gemeinden und Gemeindeverbände zu hören.
- (2) Die Mitglieder des Gläubigerausschusses haben Anspruch auf Ersat ihrer baren Ausslagen. Diese Kosten trägt die Gemeinde (der Gemeindeverband).

G. Von der Verteilung ausgeschlossene Gegenstände.

§ 13.

- (1) Von einer Verteilung gemeindlicher Einnahmen und Vermögenswerte sind die laufenden und einmaligen Überweisungen öffentlich=rechtlicher Körperschaften an Gemeinden und Gemeindesverbände ausgeschlossen, soweit durch Anrechnung auf sie öffentlich=rechtliche Zahlungsverpslich=tungen nach den von den Ministern des Innern und der Finanzen getroffenen Anordnungen abzudecken sind.
- (2) Von einer Verteilung ausgeschlossen sind zweckbestimmte Zuweisungen des Reichs und Staates und anderer öffentlich=rechtlicher Körperschaften.

(3) Gemeindliche Vermögensgegenstände, in die nach § 43 Abs. 3 der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September 1932 die Zwangsvollstreckung nicht zugelassen werden darf, sind von der Verteilung ausgeschlossen. Das gleiche gilt für Gegen= stände, die zur Erfüllung solcher Verbindlichkeiten erforderlich sind, die aus nicht auf Geldleistung gerichteten Verträgen erwachsen.

neckond) unter Angobe genteilung. Berteilung. edopal vone (dnodes

- der Aufforderung ist der aus & 11 200f. I er. 11 gle Rechtsnachteil anzudrohen. Der Anmeldung (1) Eine Verteilung ift nicht zulässig, soweit hierdurch der geordnete Gang der Verwaltung oder die Versorgung der Bevölkerung in der Gemeinde (dem Gemeindeverbande) voraussichtlich gefährdet wird. Der geordnete Gang der Verwaltung ist stets als gefährdet anzusehen, wenn die Gemeinde (der Gemeindeberband) nicht mehr imftande ist, die lebensnotwendigen Ausgaben aus ordenklichen Einnahmen zu bestreiten. Jedoch sollen gemeindliche Vermögensgegenstände, die für die Verwaltung der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) oder für die Versorgung der Bevölkerung nicht unentbehrlich sind, zur Befriedigung der Gläubiger verwertet werden, sofern hierdurch nicht eine Verschleuberung wirtschaftlicher Werte eintreten würde.
 - (2) Als Tebensnotwendige Ausgaben sind anzusehen:
 - 1. die Ausgaben der öffentlichen Fürforge, insbesondere für Wohlfahrtserwerbslose, Fürsorgearbeiter, Zusatzunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner; sonstige notwendige Wohlfahrtsausgaben, insbesondere für Jugend- und Gesundheitsfürsorge, soweit sie auf rechtlicher Verpflichtung beruhen, sowie der Gemeindeanteil an der Krisenfürsorge;
- 2. Gehälter und Ruhegehälter an gemeindliche Beamte, Lehrer (einschließlich der Beiträge zur Landesmittelschulkasse und zur Landesschulkasse) und gemeindliche Angestellte (einschl. der Versicherungsbeiträge) sowie Ruhegehaltskassenbeiträge; in Betracht kommen nur diejenigen Stellenbezüge, die nach der Besoldungsordnung zu zahlen sind;
 - 3. Löhne und Ruhelöhne der Arbeiter (einschl. der Versicherungsbeiträge);
- 4. notwendigste Sachausgaben für Bürobedarf, Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Porto usw. sowie diejenigen Ausgaben für Straßenzwecke und öffentliche Gebäude, welche für die Erhaltung des polizeimäßigen Zustandes unerläßlich sind; aus gandalischen Mittel
- 5. Leistungen öffentlich=rechtlicher Art an andere öffentlich=rechtliche Körperschaften, soweit es sich um laufende Beträge handelt oder um Beträge, die im letzten Jahre vor der Einleitung des Berteilungsverfahrens fällig geworden sind.

J. Vorwegbefriedigung.

§ 15.

Vorweg zu befriedigen sind: die seit 1. April 1932 entstandenen und etwa noch entstehenden Forberungen des Staates auf Ablieferung eingehobener Staatssteuern, die Forderungen anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften auf Ablieferung der für ihre Rechnung eingeholbenen Beträge sowie die lebensnotwendigen Ausgaben (§ 14 Abs. 2). baben Antorna auf Erfat ihrer baren Aus

K. Rechtsmittel.

\$ 16.

Gegen den die Eröffnung des Verteilungsverfahrens ablehnenden Beschluß der Beschlußbehörde steht binnen zwei Wochen der Aufsichtsbehörde, der Gemeinde (dem Gemeindeberbande), jedem Gläubiger und aus Gründen des öffentlichen Wohles unter Anwendung der Vorschriften des § 123 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung auch dem Vorsitzenden der Beschlußbehörde die Beschwerde an den Minister des Innern zu.

§ 17.

(1) Gegen die Maßnahmen des Treuhänders steht der Gemeinde (dem Gemeindeverband) und dem Gläubigerausschusse binnen zwei Wochen die Beschwerde an die Schiedsstelle zu, deren Entscheidung endgültig ist. Stnates und anderer öffentlich-rechtlicher Rörperschaften.

- (2) Die Schiedsstelle besteht aus dem Beamten der Aufsichtsbehörde als Vorsitzendem und je einem bon dem Gläubigerausschuß und von dem provinziellen Spigenverbande der Gemeinde (des q 11 Gemeindeverbandes), im Falle der Beteiligung von Provinzen von dem Verbande der Preußischen g. 366 Provinzen zu bestellenden Mitgliede.
- (3) Der Vorsitzende der Schiedsstelle kann wegen der grundsätlichen Bedeutung des Falles die Beschwerde an den Minister des Innern zulassen. In diesem Falle finden die Vorschriften des § 16 sinngemäße Anwendung. In Welcouit II Siffer 2 der Leronung vom 18. Juni 1930 (Gefeklammi, C. 117) iverden

nedneglof tindre 2 reffig ... L. Kosten des Verfahrens. med tim, etrofel est

Die Koften des Verfahrens werden von der Beschlußbehörde festgesetzt. Gebühren werden nicht erhoben. Solche baren Auslagen des Berfahrens einschlieflich der Gebühren für Zeugen und Sachverständige, die durch Anträge und unbegründete Einwendungen erwachsen, werden demjenigen zur Laft gelegt, welcher den Antrag gestellt oder den Einwand erhoben hat.

M. Aufhebung des Berteilungsverfahrens.

§ 19.

- (1) Nach Abschluß der Verteilung hebt die Beschlußbehörde das Verteilungsverfahren nach Anhörung des Gläubigerausschusses durch Beschluß auf. Die Vorschriften des § 10 dieser Verordnung finden sinngemäße Unwendung. Magnahmen der Beschlußbehörde gemäß § 7 Abf. 2
- (2) Die Vorschriften des Abs. 1 finden sinngemäße Anwendung, wenn festgestellt wird, daß zur Befriedigung der Gläubiger verwertbare Vermögensgegenstände, Ginnahmen oder Erträgnisse nicht borhanden find. 2012 nundlageling sid alleren konfigurationische sad ausgeb

N. Erneuter Antrag auf Einleitung eines Berteilungsverfahrens. augugard a kusumirsguäba D. answid, remmed 20. and mis the Landlike Me machidis me

- (1) Ein erneuter Antrag auf Einleitung eines Verteilungsverfahrens darf frühestens nach Ablauf eines halben Jahres nach Aufhebung des vorangegangenen Verteilungsverfahrens gestellt merden.
- (2) Die Beschlußbehörde kann einen erneuten Antrag auf Einleitung des Verteilungsverfahrens ablehnen, wenn sich nach ihrer überzeugung die Berhältnisse in der Zwischenzeit nicht so geändert haben, daß die Einleitung des Verteilungsverfahrens Erfolg verspricht.

O. Ausführung und Inkrafttreten der Berordnung.

"soweit sie sich nicht im geordneien Lehrverhaltuns im Rundit Satz des ersten Absanes der Zisser 2 erhält sutense Fassung: Der Minister des Innern ist befugt, die Vorschriften dieser Verordnung durchzuführen und die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. General zu wonneren

Der zweite und britte Absat ber Ziffer 22 ingeben gestrichen. Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft; sie tritt nach Ablauf von drei Jahren außer Kraft. Diese Berordnung tritt am 1. Wai 1933 in Araft.

Berlin, den 30. März 1933.

Der Preußische Minister des Innern.

Der Kommiffar des Reichs.

Göring.

(Rr. 13868.) Berordnung jur Anderung ber Berordnung bom 18. Juni 1930 (Gefehfamml. G. 117) gur Durchführung bes Gaststättengesetes vom 28. April 1930 (Reichsgesethl, I G. 146). Vom 30. März 1933.

Auf Grund des § 17 Abs. 2, der §§ 18 und 19 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesethl. I S. 146) wird folgendes verordnet:

Im Abschnitt II Ziffer 2 der Berordnung vom 18. Juni 1930 (Gesetzsamml. S. 117) werden die Worte "mit dem Ausschanke von geistigen Getränken" gestrichen. Ziffer 2 erhält folgenden Zujak:

Diese sowie die übrigen gemäß § 19 des Gaststättengesetes anzuhörenden Stellen find im Genehmigungsverfahren nur dann als Partei anzusehen, wenn sie ein Rechtsmittel einlegen, die Ortspolizeibehörde daneben auch dann, wenn sie gemäß Ziffer 1 Sat 2 das Verwaltungsstreitverfahren beantragt.

Im Abschnitt II der Verordnung vom 18. Juni 1930 (Gesetssamml. S. 117) erhält Ziffer 6 folgende Fassung:

> In den Fällen der §§ 12, 13 und des § 17 Abf. 1 Sat 1 des Gaftftättengesetzes ist die Ortspolizeibehörde zur Erhebung der Klage berechtigt und verpflichtet. Daneben kann das Verfahren auch von Amis wegen durch den Vorsitzenden der Erlaubnisbehörde erster Instanz eingeleitet werden. Gegen das Urteil bes Bezirksausschusses ist in diesen Fällen die Revision an das Oberverwaltungsgericht gegeben. In den übrigen Fällen entscheidet der Bezirksausschuß endgültig, sofern nicht auf Grund des Gaftstättengesetes bereits die Entscheidung erster Instanz endgültig ift.

> > § 3.

Im Abschnitt III Ziffer 1 ist in der Klammer hinter "Eintänzerinnen" hinzuzufügen "Bardamen" (1) Ein erneuter Antrag auf Einleitung. ges Berleitungsversahrens

Im Abschnitt III erhält Ziffer 3 folgenden Zusat:

Bei der Anzeige einer Einstellung soll der Dienstwertrag beigefügt werden, sofern nicht ein Tarifvertrag Anwendung findet.

d'as sperinquens Griolg veripricht.

Im Abschnitt III Ziffer 9 ift hinter den Worten "weiblichen Arbeitnehmern" einzufügen "soweit sie sich nicht im geordneten Lehrverhältnis im Konditoreigewerbe befinden". Der letzte Sat des erften Absates der Ziffer 9 erhält folgende Fassung:

> Ebenso ist jede Beteiligung am Umsatz oder Gewinn berboten, soweit nicht Abweichungen auf Grund von Tarifverträgen zulässig sind.

Der zweite und dritte Absatz der Ziffer 9 werden gestrichen.

vele Becordnung tritt am Tage nach ib.6 & Berfündung in Kraft; sie tritt nach Milauf von

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1933 in Kraft.

Berlin, den 30. März 1933.

Der Preußische Minister des Imtern.

Der Kommiffar des Reichs.

Göring.

Hintweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Polizeiverordnungen Preußischer Minister

(§ 35 des Polizeiverwaltungsgesehes vom 1. Juni 1931 — Gesehsammlung S. 77 —).

Im Amtsblatt der Preußischen Regierung in Minden (1933 S. 19) ist eine Polizeiverordnung des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Kommissar des Reichs, und des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Kommissar des Reichs, vom 23. Dezember 1932 über das Naturschutzeitet Langenbergteich bei Sande im Kreise Paderborn verkündet und in Kraft getreten. Durch diese Polizeiverordnung ist die Polizeiverordnung der gewannten Minister vom 21. September 1926 über das Naturschutzeitet Langenbergteich dei Sande (KUBL 1926 S. 154/55) ausgehoben worden.

Berlin, den 8. April 1933.

Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunft und Volksbildung.

Bekanntmachung.

Rach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 25. Januar 1933 über die Ergänzung der Genehmigungsurkunde für die Stendal-Tangermünder Eisenbahn-Gesellschaft

burch das Amtsblatt der Regierung in Magdeburg Nr. 12 S. 67, ausgegeben am 25. März 1938;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 18. Februar 1933 über die Genehmigung des Fünsten Nachtrags zur Ostpreußischen Landschaftsordnung (Ausgabe 1929)

durch das Amtsblatt der Regierung in Königsberg Nr. 16 S. 96, ausgegeben am 25. März 1933;

3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 13. März 1933 über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Berlin für den Bau einer 60 000 VolksCinfachleitung zur übertragung elektrischer Energie zwischen dem Umspannwerke Berka i. H. und dem Kraftwerke bei der Odertalssperce

burch das Amtsblatt der Regierung in Hildesheim Nr. 12 S. 42, ausgegeben am 24. März 1933.

Herlags-Aftiengesellschaft Berlin,

Verlag: N. von Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W.9, Linkstraße 35. (Postschecksonden Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Breußischen Geschlammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RW. vierteljährlich); einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden.

Breis für den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Apf., bei größeren Bestellungen 10—40 v.h. Preisermäßigung.

Breuß. Welechammung 1933. Rr. 26, guegegeben am 15. 4. 33.

Hindreis auf nicht in der Gesetztrumburg veröffentlichte Polizeivergebennngen

(§ 25 des Polizeiverwaltungsgefehes vom 1. Juni 1921 — Geseksammlung E. 77 —)

In Amieblait der Perdhichen Regierung in Ninden (1933 S. 19) ist eine Polizeiderordnung des Vreuhischen Ministers sur Wisselfen Ministers sur Wisselfen Ministers sur Wisselfen Winisters sur Wisselfen Winisters sur Bondinen und Forsten, Kommisser des Reichs, vom 28. Des zewber 1932 über das Naturschungsbeier Londenbergkeich dei Sande im Kreise Poderborn verkünder und in Krais geweiten. Durch diese Kolzeiderung ist die Polizeiderverdung der genannten Winister vom 21. Sentember 1926 über das Naturschungsbeiet Langendermeich dei Sande (RUB), 1926 S. 154/56) ausgehoben worden.

ofference bear 8, super 1933, in

Preußisches Winisterium für Bissenschaft, Kunst und Bolksbildung.

Befanntundung.

Rad Berldrift bes Befeces von 10. Aveil 1872 (Befehlammi, S. 357) find bekanntnemedit:

1. der Erlah des Breuhilden Staatsministeriums vom 25. Fanuer 1933

über die Ergänzung der Genehmigungsuchunde für die Stendal-Tangermänder Cisendalis-Gesellschaft

durch das Antsblatt der Regierung in Wagfeburg Nr. 12 S. 67, ausgegeben am 25. März 1983;

2. der Erlag des Preußilden Staatsministeriums vom 18. Februar 1933

über die Genehnigung des Fünfien Nachtrogs zur Ofterzußischen Laudschaftserdnung (Ausgabe 1929)

durch das Amisblait der Regierung in Königsberg Rr. 16 E. 96. ausgegeben am 25. Märs 1932;

3. der Erlaß des Preußischen Staatsministerium's vom 13. Wärg 1933

über die Verleihung des Enteignungsrochts an die Preußische Elektristicke Aktiengesellschaft in Berlin für den Bau einer 80 000 Volt-Einfachleitung zur ilbertragung elektrischer Energie zwischen dem Umspannwerke Berka i. H. und dem Kraftwerke dei der Obertalssperce

burch bas Antisbiait der Regierung in Silvesheim Nr. 12 C. 42, ausgegeben am 24. Märg 1983.

While Recomming from and I. Will the Story.

Startin, Den 30. Skiry 1933

herausgegeben vom Preuftischen Sigotsminifferium - Drud: Preußliche Druderei und

Verlag: R. von Decker's Berlag, G. Schend, Berlin II. 9, Lindirafie II. (Postification Decker's Berlin, 9059.)

ünzelne Kinermern und Juhrgäuge (auch ältere) lönnen umstlielbar som Berlag und durch den ikuchbandel bepogen merdent Breis für den achteitigen Bogen oder den Vogenreil Bo Upf., det gedieren Beheitungen 10—10 u.d., Breisernähigung.